

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 105/79

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Rudolf B [REDACTED],

C [REDACTED]-Palace, [REDACTED]. B [REDACTED], M [REDACTED]/Frankreich,

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],
[REDACTED] -

g e g e n

Land Nordrhein - Westfalen,

vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,

T [REDACTED]straße [REDACTED], D [REDACTED],

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 27. November 1979 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Fuchs, Dr. Lang und Gärtner

beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 14. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 15. Dezember 1978 wird zurückgewiesen.

Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt der Kläger.

G r ü n d e

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung der Revision nach § 219 Abs. 2 ZPO liegen nicht vor.

Das Berufungsurteil beruht auf der dem Tatrichter vorbehaltenen Würdigung der ärztlichen Sachverständigengutachten. Angriffe hiergegen rechtfertigen nicht die Zulassung der Revision. Die Frage, ab welchem Zeitraum nach Abschluß der Verfolgung Brückensymptome vorhanden sein müssen, betrifft den jeweiligen Einzelfall und läßt sich rechtsgrundsätzlich nicht entscheiden.

Auf die Verweigerung der ergänzenden Aussage des Dr. Marten unter Berufung auf die ärztliche Schweigepflicht stützt das Berufungsgericht sein Urteil nicht, sondern allein

108

darauf, daß die vierjährige Zeitspanne zwischen Verfolgungsende und Behandlungsbeginn zu groß sei, um einen Verfolgungszusammenhang des behaupteten Leidensbildes wahrscheinlich zu machen.

Mai

Zorn

